Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 20 (1926)
Heft: 7-8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Etwas Chronik. Das Ergebnis des Volksentscheides über die Abfindung der deutschen Fürsten scheint mir, wenn man alle Begleitumstände bedenkt, recht erfreulich zu sein. Selbstverständlich wäre ein noch glänzenderes Resultat, wären 20 Millionen Stimmen für die Gesundung Europas und Deutschlands selbst noch wertvoller gewesen, aber so viel durfte man ja nicht verlangen. Es scheint doch, dass dieser Sonntag ein sehr bedeutsamer Markstein auf dem Wege zu einem neuen Deutschland sei. — Mussolini hat nun durch die neuesten gesetzgeberischen Massregeln etwas wie eine faschistische Räterepublick gestaltet. Sie ist aufgebaut auf eine gewisse Zwangsorganisation der Arbeit nach Berufen, nur dass im faschistischen Rätesystem das Kapital der herrschende Faktor ist, während im bolschewistischen es die Arbeit sein soll. Von ferne erinnert das Werk Mussolinis an die Gedanken Karl Christian Planks, aber nur von ferne. Das Experiment ist höchster Beachtung wert. Dass es gelinge, glaube ich persönlich nicht; der ganze Bau scheint mir, so wie ihn Mussolini errichtet, ein Kartenhaus zu sein. — In Marokko sei der Sieg der „Christen" besonders durch die Verwendung von Giftgasbomben, die man auf die Dörfer der Kabylen warf, errungen worden. „Französische Blätter wussten zu melden, dass die spanischen Giftgasbomben ohne starkes Geräusch explodierten und dass das Giftgas sich nur durch einen starken Veilchenduft den Opfern bemerkbar machte. In einer schönen Nacht wird man in den Schlafzimmern der bedrohten europäischen Grosstädte einen leichten Veilchenduft bemerken — in diesem Augenblick wird es bereits zu spät sein, sich zu retten." — Unsere Militaristen haben nicht die fünfhundertjährige Wiederkehr des Jahrestages der Schlacht bei Murten abwarten mögen und haben darum schon den vierhundertfünfzigsten gefeiert. Es soll hinreissend gewesen sein. Bundesrat Häberlin, der Adoptivvater der Lex Häberlin, hielt die Festrede und Oberst Bircher, der Freund alldeutscher Generäle, spielte die Rolle des Hans von Hallwyl. Der Chronikschreiber selbst war ausnahmsweise nicht dabei, aber ein Freund von ihm, der freilich über eine etwas starke Phantasie verfügt. Er berichtet, es seien rechts und links vom Festplatz zwei Helvetien gestanden, eine mit einem Maulkorb vor dem Mund, die andere mit einer Pickelhaube auf dem Kopf, und von einer zur andern habe sich ein Band gezogen, worauf in grossen Lettern Albrecht von Hallers Frage leuchtete, die auf dem alten Murtener Beinhaus stand:

„Sag an, Helvetien, du Heldenvaterland,
Wie ist dein altes Volk dem jetzigen verwandt?"

— Coué ist gestorben. Wie soll man sein Werk beurteilen? Ist es mehr ein Ausdruck der krankhaften Zustände unserer Zeit (das Arbeiten mit dem Unbewussten!) oder ist es mehr eine Verheissung? — Höchster Aufmerksamkeit wert sind die Vorgänge in Frankreich. Aussenpolitisch haben sie vielleicht nicht viel zu bedeuten — wenigstens unmittelbar nicht — aber was bedeuten sie als Symptome kommender sozialer Entwicklungen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa?

Eine Frage und ein Alarm. Vor einiger Zeit war in einer grossen schweizerischen Zeitung mit „Manschetten" zu lesen, dass ein Ereignis mit Sicherheit bevorstehe, das doch einfach einen neuen Weltbrand bedeutet hätte: Italien werde, mit Griechenland im Bunde, die Türkei angreifen, jenes nach Angora, dieses nach Konstantinopel marschieren. Das las man nur so, und es gab darob keine Aufregung. Nun hat England mit der Türkei den Mosul-Vertrag geschlossen, welcher der Türkei ihr Gebiet garantiert. Damit ist

diese furchtbare Aussicht vorläufig und hoffentlich für immer abgetan. Aber nun las man anderwärts, es sei eine so gut wie ausgemachte Sache, dass England, Italien und Frankreich im Stillen verabredet hätten, Abessynien aufzuteilen, natürlich nicht so grob, wie einst Polen geteilt wurde, sondern auf Umwegen, durch Eisenbahnkonzessionen, pénétration pacifique, unter dem Vorwand, dass der leider immer noch vorkommende Sklavenhandel tatsächlich vom Innern Afrikas über Abessynien nach Arabien geht. Das muss selbstverständlich bekämpft und unterdrückt werden, darf aber nicht zur Ausrede für politische Mordtaten in grossem Stil werden, und eine solche wäre die Ausführung jenes Plans. Man denke es sich aus: die drei „führenden" Völkerbundsstaaten teilen einen vierten Völkerbundsstaat einfach auf! So etwas darf aber doch einfach nicht geschehen! Da muss schon Lärm geschlagen werden. Ist es wahr, besteht ein solcher Plan? Dann ans Licht damit, und alle Kräfte des Guten, die noch vorhanden sind, ans Werk, ihn zunichte zu machen! (Vergl. die Red. Bemerkungen.)

Zwei Arten von Kirchen. Vorbemerkung: Ich halte alles, was ich gegen den „Amerikanismus" und über die wirkliche deutsche Aufgabe gesagt, aufrecht. Aber damit dieses Problem ja nicht zu leicht genommen werde, bedenke man folgende Tatsachen, die ich einander gegenüberstelle.

I. Die Stellung der „oberflächlichen" amerikanischen Kirchen zu Krieg, Militär und was dazu gehört.

Ungefähr 200 offizielle Delegierte von 30 Kirchengemeinschaften und 10 alle Kirchen umfassenden religiösen Körperschaften haben im letzten Dezember auf einer Zusammenkunft in Washington eine Botschaft angenommen, deren wichtigste Punkte hier wörtlich und absolut sinngetreu, wenn auch teilweise etwas gekürzt, wiedergegeben seien.

1. Die Kirche sollte patriotische Unterstützung des Staates lehren, aber sie sollte niemals ein Werkzeug der Regierung zur Förderung irgend einer Sache werden, die dem Geiste Christi fremd ist. 2. Die Kirche, als der allumfassende Leib Christi, der über alle Trennungen von Rasse und Nation hinaus reicht, sollte künftig den Krieg als eine Methode zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Völkern und Gruppen bekämpfen, weil er das Gegenteil des Geistes und der Grundsätze Christi ist, und sollte erklären, dass sie als Kirche keinen Krieg sanktionieren werde. 3. Die Kirche sollte das Recht und die Pflicht jedes Einzelnen anerkennen, in der Frage, ob er an einem Krieg teilnehmen wolle, der Führung seines eigenen Gewissens zu gehorchen. 4. Der Krieg, ob er Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg sei, ist die Anwendung von organisierter Gewalt in einem Streit von Völkern oder feindlichen Gruppen. Sogar wenn die eine Partei schuldlos ist, erzeugt er Hass, führt zu grenzenlosem Verlust von Leben und Eigentum und schliesst stets eine grosse Zahl von unschuldigen Opfern ein. Im Kriege versuchen die kämpfenden Parteien die in Betracht kommende Streitfrage durch überlegene Macht, ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit, zu lösen. Der Krieg pflegt Vergewaltigung des individuellen Gewissens und eine ganze Völker überschwemmende Propaganda von Unwahrheit, Furcht und Hass in sich zu schliessen. Das ist das Wesen und die Natur des modernen Krieges, wie unser Geschlecht ihn erlebt hat, ob nun Krieg für agressive oder defensive Zwecke geführt werde. 5. Wir verurteilen die Rüstungen im Pazifischen Ozean als unnötig, im Widerspruch zu den Verträgen und den Erklärungen der Regierung stehend. 6. Wir missbilligen mit äusserstem Nachdruck alle obligatorische militärische Erziehung. 7. Wir beklagen und missbilligen den Versuch einer Organisation der Industrie auf den Kriegsfall hin. 8. Wir verlangen gegen China und alle Asiaten eine Haltung, die den Grundsätzen guter Nachbarschaft und den obersten Prinzipien des Christentums entspricht. 9. Wir verlangen eine Revision der [selbstgenügsamen] Monroedoktrin. 10. Wir verlangen Achtung vor der Ehre und dem

Eigenrecht der orientalischen Völker. 11. Wir verlangen den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof, dem jeder Streitfall mit bindenden Folgen übergeben werden soll, die Beteiligung unserer Regierung an der Arbeit anderer Völker zur Unterdrückung des Kriegsverbrechens, die Teilnahme an allen Arbeiten des Völkerbundes, zu denen wir Zutritt haben und den Eintritt in den Völkerbund selbst.

2. Die „tiefinnerlichen" deutschen Kirchen zur Fürstenenteignung.

Und nun vergleiche man mit dieser amerikanischen „Oberflächlichkeit" (die auf dem sozialen Gebiete ähnlich ist) die tiefe „Innerlichkeit" und „Geistigkeit" der deutschen Kirchen, die sich bei Anlass des Volksentscheides über das Fürstenvermögen gezeigt hat — immer mit dem obigen Vorbehalt! Die deutschen Kirchen haben sich durch das Organ des allgemeinen Kirchenausschusses, des Evangelischen Bundes und untergeordneter Instanzen gegen die Enteignung der Fürsten erklärt. Die grosse Masse der Pastoren und anderen Kirchenleute hat sich mit Leidenschaft dagegen eingesetzt, dass die an Unverschämtheit alles überbietenden Ansprüche der Fürsten den verdienten Dämpfer bekämen. Man hat das vor allem getan im Namen der „Heiligkeit des Privateigentums". Und nun bedenke man Folgendes. Einmal: Dieses Eigentum der Fürsten ist in seinen wesentlichen Bestandteilen gar nicht privater Natur. Die Fürsten haben es nicht als Privatleute, sondern in ihrer Eigenschaft als Fürsten erworben. Wenn sie aufhören, Fürsten zu sein, so fällt dieses Vermögen von rechtswegen wieder der Volksgemeinschaft zu. Zum Zweiten: dieses Fürstenvermögen heisst insofern mit Recht Privatvermögen (Privare bedeutet rauben!), als es grösstenteils zusammengeraubt ist. Es ist dem Volke geraubt (man denke bloss an den grossen Bauernkrieg!), ist zum Teil auch der katholischen Kirche geraubt. A propos! Was sagen wohl diese protestantischen Hüter des heiligen Privateigentums zu den gewaltigen Säkularisationen, das heisst Enteignungen, die einst die Fürsten und andere Obrigkeiten an der katholischen Kirche vorgenommen haben? Sind diese denn nach ihrer Theorie kein „Diebstahl" gewesen, vielleicht weil die Diebe „Fürsten" hiessen? Oder sollen sie etwa rückgängig gemacht werden? Zum Dritten: Diese Fürsten haben schon jetzt reichlich für sich gesorgt, es ist nicht nötig, dass ihre Maitressen noch grosse Jahresgehälter beziehen und dass sie selbst Milliarden bekommen, um die deutsche Republik zu bekämpfen. Der einstige deutsche Kaiser nimmt täglich etwa 1100 Mark ein, ein deutscher Arbeitsloser 3 Mark 50! Zum Vierten: Solche grossen Enteignungen sind eine Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und Sühnung langen Unrechts. Sie bringen im wahrhaft biblischen Sinn das „Eigentum" wieder in bessere Ordnung. Zum Fünften und Wichtigsten: Nichts schlägt der Bibel stärker ins Gesicht, als wenn man ihr eine Betonung der Heiligkeit des Privateigentums zuschreibt. Ihre Grundanschauung ist überall das genaue Gegenteil: alles Eigentum gehört Gott und dem Bruder, nicht dir.[1]) In diese Gesamtanschauung ist das „Du sollst nicht stehlen" einzuordnen. Beweis: die ganze Bibel! Aber — zum Sechsten — man könnte den Kirchen diese Verleugnung der Bibel noch eher

---

[1]) Vielleicht darf man zu der Frage noch zwei Grosse zitieren. Zwingli sagt von den Fürsten: „Man ist ihnen nicht schuldig, all ihren Mutwillen zu ersättigen, es genügt, wenn sie ihre ziemliche Nahrung haben."

Pestalozzi äussert sich über das Eigentum:

„Der niedere, der Selbstsucht hingebende Mensch, wenn er den Namen Eigentum hört, erhebt sich mit aller Lebendigkeit seines beschränkten Sinnes: Ja, das Eigentum muss man achten, schützen und bauen, in wessen Hand es sich auch immer befinde; sonst geht die Erde zugrunde ... Und doch, dächte ich, das Eigentum ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch um des Eigentums willen."

verzeilen, wenn sie nicht bloss den Fürsten zu lieb erfolgte. Denn dass die Kirchen als solche sich für das „Eigentum" der Armen: einen rechten Lohn, einen besseren Anteil an Land, Licht und Luft, so eingesetzt hätten, wie sie das nun für das Eigentum der „Reichen" tun, hat man nie gehört; man hat auch nicht gehört, dass sie sich gewehrt hätten, als man durch das Mittel der Inflation den grösseren Teil des deutschen Volksvermögens in die Hände einiger Wenigen leitete und durch einen ungeheuren wirklichen Diebstahl den Mittelstand, der sein Vermögen in Kriegsanleihen gesteckt hatte oder staatliche Renten bezog, einfach beraubte — nur als es galt, den Fürsten ihr ungerechtes Fett zu nehmen, zu Gunsten der Aermsten im Volke, da besannen sich diese Diener Christi auf die Heiligkeit des Eigentums.

Kann man sich einen stärkeren Abfall von Christus, eine stärkere Veräusserlichung und Verweltlichung des Christentums denken, als diese Haltung der „tiefinnerlichen" Kirchen Luthers? Sollte diese Veräusserlichung und Verweltlichung nicht mit jener falschen Innerlichkeit und Unweltlichkeit zusammenhängen? Sollte nicht diese Tragödie des deutschen Protestantismus[1]) erneut Anlass zu einer Revision des Werkes der Reformation geben, das neben andern und guten doch auch solche Früchte trägt?

Es ist ja so, dass die katholische Kirche sich bei diesem Anlass wieder einmal evangelischer gezeigt hat als die „evangelische". Denn sie hat in ihrer Erklärung gegen die Fürstenenteignung doch in letzter Instanz auf das Gewissen des Einzelnen abgestellt, während evangelische Führer (nach einem Berichte der christlichen Welt) in dieser Sache auch vor der Vergewaltigung des Heiligsten durch Missbrauch des Unservaters nicht zurückschreckten. Wie weit es mit einem gewissen Protestantismus gekommen ist, beweist ein Artikel des „Reichsboten", des Organs der konservativen deutschen Pfarrerschaft. Dort stand in einer Betrachtung über den Volksentscheid zu lesen: „Ultima ratio regis — das letzte Mittel des Königs, so stand es ehedem auf den Geschützen geschrieben. Wer die Abgründe der Bosheit erkennt, in die unsere verblendeten Massen durch ihre Führer immer mehr hineingezerrt werden, wer sich nur einen Augenblick die Tatsache vor Augen hält, dass am letzten Sonntag von drei Grossberlinern immer zwei für die Beraubung der Hohenzollern, die unsere Mark aus Sumpf und Sand aufgebaut und Berlin zur Kaiserstadt erhoben [und das deutsche Volk in ein Meer von Blut gestossen, es an den Rand des Abgrundes gebracht, den Tod von vielen Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder auf dem Gewissen] haben, stimmten, der wird zur Ueberzeugung kommen: eine ultima ratio, ein letztes Mittel wird Deutschland nur vor dem völligen Versinken in Schmach und Schande bewahren. Und diese ultima ratio liegt nicht in Agitation und Zureden, sondern in der Macht der Arme."[2]) Das ist also die ultima ratio des preussisch-lutherischen Christentums: das Zusammenschiessen mit Kanonen von vielen Hunderttausenden von Berlinern und wohl auch von entsprechend vielen Millionen von Deutschen überhaupt, weil sie — gegen die Hohenzollern sind.

Dass über ein solches Christentum ein ungeheures Gericht kommen muss, ist klar. Es wird kommen, denn Gott lässt seiner nicht spotten! Natürlich repräsentieren auch diesmal solche fürchterlichen Baalspfaffen nicht einfach das deutsche Christentum. Eine Reihe von tapfern Menschen haben sich dem

---

[1]) Die Wahrheit fordert, dass wir nicht nur das Luthertum und nicht nur die deutschen Kirchen dieses tiefen Falls beschuldigen. Eine schweizerische, kalvinistische Kirchenbehörde hat bei Anlass des Kampfes um die Vermögensabgabe eine ganz ähnliche Kundgebung erlassen, wie jene oberste deutsche, und unsere Kirchenlichter haben ganz ähnlich ge—funkelt! Wir sind allzumal Sünder. An der Stellung zu Gewalt und Besitz hat man immer ermessen können, wie es sich mit der Stellung der Christenheit zu Gott verhalte.

[2]) Von mir gesperrt!

allgemeinen Strom entgegengestellt. Ich nenne bloss die Pfarrer Fuchs in Eisenach, Eckert in Meersburg, unsere engern Gesinnungsgenossen, dazu Pfarrer Kübel in Frankfurt (dessen Zeugnis gerade als das eines in manchen Dingen konservativen Mannes Gewicht hat), auch Pfarrer Schafft in Cassel. Eine in ihrer Kürze und Entschiedenheit ausgezeichnete Erklärung haben vier rheinische Pfarrer, Fritze, Krüger, Hartmann, Rabsch, abgegeben: „Wir müssen es ablehnen, dass von behördlicher und anderer kirchlicher Seite im Namen des christlichen Gewissens der Volksentscheid bekämpft und der Anschein erweckt wird, als fordere christliche Sittlichkeit seine unbedingte Ablehnung. Die in den verschiedenen Kundgebungen vorliegende, allzueinfache Betrachtung entspricht nicht der Schwierigkeit der wirklichen Lage; eine von Christus her bestimmte Haltung erfordert die Beachtung der oft fragwürdigen Herkunft der fürstlichen Vermögen wie auch die Erkenntnis, dass vom biblisch-evangelischen Standpunkt aus von einer „Heiligkeit des Privateigentums" nicht geredet werden darf. — — Wir nehmen als Christen und Staatsbürger daher das Recht in Anspruch, auf Grund gewissenhafter Ueberlegung beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen." Neunzig hessische Pfarrer haben sich, ohne, wenn ich nicht irre, für den Volksentscheid einzutreten, doch gegen die Kundgebung des Kirchenausschusses gewendet. Kurz, es gibt draussen noch tapfere Menschen, vielleicht eher als bei uns, es gibt einen heiligen Strunk, aus dem der deutsche Protestantismus sich erneuern kann und wird.

Der Kampf gegen den Militarismus in den Kirchen. Nachdem in der Schaffhauser Kirche während des Sommers und Herbstes 1924 durch das tapfere Pronunziamento der Herren Pfarrer Gerwig, Noll, Hirzel und ihrer Gesinnungsgenossen die Kriegs- und Militärfrage in Bewegung gekommen war (Vgl. „Neue Wege", November 1924, Rundschau), ist nun durch eine Verhandlung des Themas im Schoss der Synode ein gewisser Abschluss erreicht worden, der freilich auch nur vorläufig sein kann. Die ganze Auseinandersetzung konzentriert sich in den Thesen, die der Referent, Pfarrer Noll, und der Korreferent, Pfarrer Hasler, über das Thema: „Jesusgeist und Staatsgewalt" aufgestellt haben. Wir drucken sie hiemit ab. Sie spiegeln den ganzen Kampf trefflich wieder und bieten Stoff zum Nachdenken.

I. Pfarrer Hans Noll (Stein a. Rh.) stellt folgende Leitsätze auf:

1. Unser Problem ist nicht eine Frage der abwägenden Vernunft und Berechnung, sondern des christlichen Gewissens und Glaubens.

2. Massgebend ist darum allein der Jesusgeist.

3. Dieser Jesusgeist stellt als „Gesetz" von ewiger Gültigkeit, an das die Christen sich zu halten haben, auf: die Alleinherrschaft Gottes, den Glauben an das kommende Gottesreich auf Erden, das unantastbare Gut der Menschenseele und die Verantwortlichkeit für den Bruder.

4. Daraus entsteht im Gewissen des Einzelnen, der zugleich Staatsbürger wie Reichsgottesbürger ist, ebenso in der christlichen Gesellschaft, die sowohl dem Staat als den Geboten Gottes verpflichtet ist, in manchen Fällen der grosse Kampf des entscheidungsvollen Entweder-Oder: Gott oder Welt, Evangelium oder Staat.

5. Denn der moderne Machtstaat (nicht der Wohlfahrtsstaat) widerspricht dem Jesusgeist:

a) mit der staatlichen Gewalt, wenn sie über das Recht hinausgeht, und mit der doppelten Moral;
b) mit Kriegführen und Militärzwang (vergl. Militär- und Polizeigewalt, biblische Rechtfertigung des Krieges);
c) mit seinem Schutz der gott- und seelenlosen Kultur (Mammonismus);
d) mit seiner Stellungnahme zum bestehenden Wirtschaftssystem, das den Menschen zur Ware und Maschine erniedrigt.

6. Darum nötigt der Jesusgeist zur Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Staat in den Punkten, wo dieser gottfeindliche, reichgottesgegnerische, seelenmordende und unbrüderliche Tendenzen billigt; anerkennt aber anderseits den Staat, insofern und insoweit er die göttlichen Gesetze in seinem Recht zur Auswirkung zu bringen bestrebt ist.

7. Die Forderungen des Jesusgeistes setzen die Kraft und den Wagemut des Offenbarungsglaubens voraus. Denn nur ein von Gott Erfasstsein und ein aus der Erlösung herausgeborenes Handeln macht Unmögliches möglich. Der blosse Vernunftmensch hat hiefür kein Verständnis; denn der sogenannte gesunde Menschenverstand erschliesst nie die volle Wahrheit und ist immer, wo er sich als ausschlaggebend und souverän gebärdet, hemmend für Gottes Sache.

8. Christus ist die Wahrheit. Sie braucht Glaubensmenschen, deren Gewissen an Gott gebunden ist, allen äusseren Widerständen zum Trotz (vgl. Luther). Für sie gilt nicht die Abwägung nach dem „Erfolg" (Realpolitik), sondern: „Was müssen wir tun?" — das ist die Gewissensfrage.

9. Die Wahrheit und ihr Sieg beruht letzten Endes immer in der „Torheit des Kreuzes", im Opfer (Martyrium).

10. Die Kirche steht heute vor der Entscheidung, ob sie weiterhin Christus an Cäsar verraten will, oder ob sie ihre durch die Konferenz in Stockholm in neues Licht gestellte, jahrhundertealte Aufgabe erkennt und erfüllen will.

II. Vom Korreferenten, Pfarrer Ernst Hasler (Opfertshofen), werden folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Jeder Christ wird durch die Geburt Einzelglied irgend eines Staatsverbandes. Die aus der Staatsbürgerschaft uns erwachsenden Rechte schliessen entsprechende Verpflichtungen in sich. Obwohl der Christ nach dem Evangelium Weltbürger ist und religiös-sittliche Fragen grundsätzlich beantworten soll, muss er in der Praxis sich doch auch an das historisch Gewordene und Gegebene halten. Denn auch der unvollkommene Staat ist für den Christen eine Gabe Gottes, die uns viel Gutes vermittelt und verbürgt. Diese Gabe Gottes enthält aber die Aufgabe, an ihrer Vervollkommnung zu arbeiten.

2. Der Staat ist ein auf rechtlicher Grundlage organisierter Volksverband, ausgerüstet mit Macht und relativer Unabhängigkeit. Damit er seine Aufgabe erfüllen kann: den Schutz nach aussen, die Ordnung nach innen und die Wohlfahrt seiner Bürger, muss er die Mittel des Rechts, der Macht und der Gewalt in Anspruch nehmen (Behörden, Gesetze, Polizei, Militär). Wer den Staat als Notwendigkeit bejaht, der muss auch die Staatsmacht und Gewalt bejahen.

3. Weil der empirische Staat keine sittliche Persönlichkeit ist, auch der „christliche Staat" nicht (denn die entschiedenen Nachfolger Jesu haben bekanntlich immer eine Minderheit gebildet und werden, menschlich gesprochen, auch künftig eine Minderheit bilden), und weil er seinem naturhaften Wesen nach auch nicht christlich sein kann, deshalb vermag er auch nicht nach christlichen, d. h. sittlich-religiösen Grundsätzen zu handeln.

4. Aus dieser Tatsache erwächst dem denkenden, ernsten Christen die Frage: Darf ich dem heutigen Staat bezw. der Obrigkeit noch unbedingten Gehorsam leisten, z. B. in der Erfüllung der Wehrpflicht? Nun bedeutet aber für den Staat, den Gehorsam gegen Verfassung und Gesetze in das Belieben des Einzelnen stellen, praktisch sich selber verneinen. Antimilitarismus, Dienstverweigerung und Verweigerung der Ersatzpflicht, auch wenn sie aus religiösen Motiven geschehen, führen schliesslich zur Anarchie, zur Staatsauflösung. Ohne eine Staatsorganisation kann aber auch der Christ nicht auskommen.

5. In Ausübung der allgemeinen Wehrpflicht ist der Bürger bezw. Christ genötigt, Militärdienst zu tun, eventuell von der Waffe Gebrauch zu machen.

Nun weigern sich einzelne Christen, die Militär- und Ersatzpflicht zu erfüllen, unter Berufung auf ihr Gewissen, da der Krieg widergöttlich und antichristlich ist. Dabei übersehen viele, dass nicht das Militär Kriegsursache ist, sondern der Kriegsgeist, der sowohl bei dem einzelnen Menschen, wie bei den Völkern, die keine militärisch organisierte Gewalt haben, sich findet. Für uns Schweizer ist zu beachten, dass unsere Armee der Verteidigung dient, dass in unserem Land kein Soldat gezwungen wird, andere zu töten. Jeder Wehrpflichtige kann sich zur Sanität einreihen lassen. Zudem ist unser Land vertraglich verpflichtet, die ihm von den Grossmächten garantierte ewige Neutralität nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

6. Was ist und verlangt nun der Jesusgeist in Bezug auf den Staat? Zunächst ist festzustellen, dass der Jesusgeist keine einheitliche und eindeutige Grösse ist und dass es weder im Neuen Testament noch unter uns Christen eine allgemein anerkannte Definition desselben gibt. Es gibt keine einzige Aeusserung Jesu, welche die Zugehörigkeit zum Staat und den Gehorsam gegen denselben als ein Hindernis für die gewissenhafte Jüngerschaft und Nachfolge bezeichnen würde. Jesus will keinen Gegensatz zu Staat und Recht, keine äussere Revolution, sondern eine Vertiefung des sittlich-religiösen Lebens im Rahmen des uns von Gott gegebenen naturhaften Staates.

7. Antimilitarismus und Dienstverweigerung sind etwas Negatives und nicht der kürzeste Weg zum Weltfrieden. Praktisch werden wir diesem Ziele durch ein obligatorisches Schiedsgericht der Völker eher näher kommen. Aber auch solch ein obligatorisches Weltschiedsgericht kann der bewaffneten Gewalt nicht entbehren, wenn es seinen Schiedssprüchen Nachachtung und Autorität verschaffen will. Christlichen Geist in das staatliche Leben hineinzutragen und im Staat und in der Völkergemeinschaft positiv an der Besserung der Verhältnisse und Zustände mitarbeiten, ist fruchtbarer als Kritik üben.

8. Gottes Wort nötigt uns nicht zum Antimilitarismus, zur Dienstverweigerung, obwohl es einzelne Schriftstellen gibt, welche der religiöse Antimilitarist zur Begründung seiner Stellung anführen kann. Pfarrer und Lehrer, die antimilitaristische Lehren propagieren, sollten sich jedenfalls klar darüber sein, dass sie dadurch junge, unreife Staatsbürger nicht nur in ernste Gewissenskonflikte bringen, sondern sie indirekt zum Ungehorsam gegen den Staat und die Obrigkeit führen. Wer meint, aus Gewissensgründen solche antimilitaristische Lehren vertreten und verbreiten zu müssen, dem darf man billigerweise zumuten, dass er für seine Person die Konsequenzen aus seinem Standpunkt zieht und darnach handelt und für seine Ueberzeugung eventuell selber leidet.

9. Als Christen müssen wir Christus und sein Reich höher werten als die irdischen Verhältnisse und Güter, auch als den Staat, und müssen glauben an die Ueberwindung des Krieges, müssen den Weltfrieden mit allem Ernste fördern. Die christliche Kirche hat die Aufgabe, Hass und Kriegsgeist zu bekämpfen, die Friedensgesinnung, den Geist wahrer Gottes- und Nächstenliebe beim Einzelnen, in der Familie, in Unterricht und Predigt, in Gemeinde und Staat zu pflanzen und zu pflegen.

Das Ziel der Christen ist das Gottesreich auf Erden. Wir sollen ihm den Weg bereiten und täglich bitten: „Dein Reich komme!"

Eine unzeitgemässe Rede über Religionsunterricht. Die Zürcher Kirchensynode diskutiert über eine Umgestaltung des Religionsunterrichtes in der Volksschule. Bisher wurde hier ein sog. konfessionsloser Religionsunterricht erteilt, der im wesentlichen eine Sittenlehre war, und zwar wurde er durch die Lehrer erteilt. Nun schlägt der zürcherische Erziehungsdirektor Mousson vor, dass dieser Unterricht durch einen konfessionellen Religionsunterricht zu ersetzen sei, den entweder die Geistlichen selbst oder im Auftrag der Kirchen solche Lehrer gäben, die dafür Neigung hätten. Darob grosser Jubel im Lager

aller derer, die von viel Religionsunterricht die Rettung der Welt erwarten. (Als ob es uns an Religionsunterricht gefehlt hätte!) Gewiss kann man an jenem konfessionslosen Religionsunterricht sehr berechtigte Kritik üben und eine Reformation der religiösen Erziehung fordern. Dass ich beides tue und wie ich es meine, habe ich in meinen Vorträgen des Buches: „Die heutige religiöse Lage und die Volksschule" zu zeigen versucht, Aber was man in Zürich plant, ist lediglich Ausfluss einer reaktionären Strömung und Gesinnung, im Geiste des Wortes: „Dem Volke muss die Religion erhalten werden."

Als die Verhandlungen in der Synode eine Weile gedauert hatten, in dem pastoral sanftmütig feierlichen Ton, der in dieser Gesellschaft die Regel geworden zu sein scheint, in der freilich die Grobheit auch nicht erfreulich wirkt, da stand ein Mann auf, der sonst lange nichts mehr gesagt hatte — sein Name ist Unus Audet — und hielt unter steigender Unruhe der würdigen Versammlung folgende Rede:

„Liebe Mitsynodalen, Väter und Brüder! Es sei einem Mann, der vielleicht für religiöse und kirchliche Feinheiten keinen Sinn hat, aber der seine Bibel liest, und die Dinge am Masstab Jesu und der Propheten misst, erlaubt, ein Wort zu dem heutigen Gegenstand der Verhandlungen zu sagen. Es soll ein kurzes Wort sein; dass es ein offenes ist, sollte für Männer, welche die Bibel lesen und erklären, kein Aergernis bedeuten. Ihr wollt den Religionsunterricht reformieren, wollt mehr kirchlichen Religionsunterricht haben. Offensichtlich erwarten viele von Euch von einer solchen Massregel grosse Dinge. Mir aber macht ein Gedanke dabei schwer zu schaffen. Wir wollen mehr Religionsunterricht geben, aber haben wir denn selbst Religion, ich meine: haben wir das, was doch Kern und Stern aller Religion ist, Glauben an den lebendigen, liebenden, allmächtigen Gott, dessen Reich die Welt werden soll? Haben wir, wenn wir ehrlich sein wollen, nicht Ursache, das zu bezweifeln? Unsererer Synode ist im Laufe dieser entscheidungsvollen zwölf Jahre aus ihrer eigenen Mitte wiederholt zugemutet worden, in jenem Sinne des Wortes Taten der Religion zu tun; man hat ihr zugemutet, Glauben zu beweisen und zu bekennen, und zwar mit Recht gerade auf dem Gebiete, wo sich die Stellung zu Gott sowohl des Einzelnen, als auch ganzer Gemeinschaften von jeher am sichersten kund getan hat: man hat ihr wiederholt zugemutet, gegen den Krieg als die fürchterlichste Aeusserung des Weltgeistes, und gegen den Mammon ein Zeugnis abzulegen und zwar ein ganzes, volles, gefährliches, nicht ein halbes, gebrochenes, unkompromittierliches, — das alles, um damit zu beweisen, dass sie Religion habe. Sie hat diese Taten immer wieder abgelehnt. Dafür aber nun Unterricht in Religion, von uns erteilt, von den gleichen Leuten, die ihre Religionslosigkeit so eklatant bewiesen haben — das wird schon helfen, da wird das Volk schon wieder Religion bekommen, es wird die Religion bekommen, die wir selbst nicht haben — oder muss ich vielleicht sagen: die Religion, die wir selbst haben?

Verehrte Väter und Brüder! Ich werde bitter; aber kann ein Mensch anders reden, der ehrlich ist, sich nichts vormacht, die Dinge unter das Gericht Jesu und der Propheten stellt? Eins ist sicher: hätte die Synode jene Taten der Religion getan, so hätte das mehr gewirkt, als tausend Predigten und Religionsstunden (vorausgesetzt, dass diese unter den heutigen Umständen und allgemein gesprochen überhaupt noch etwas wirken, was vor Gott Wert hat), es hätte sehr stark auch auf die sozialistische Arbeiterschaft gewirkt, hätte sicher einen Umschwung von grosser Tragweite bedeutet. Wie anders stünde, um nur ein Beispiel anzuführen, die Kirche im Kampf gegen die Abtreibung da nach einer grossartigen Initiative für Wohnungsreform! Das wäre Anschauungsunterricht in Religion gewesen.

Und auch ein Zweites scheint mir sicher: wenn wir meinen, es mit mehr Religionsunterricht machen zu können und haben nicht Glauben und Glaubens-

mut genug, um die tiefe Gottlosigkeit, die uns aus unseren politischen und sozialen Zuständen entgegenstarrt, mit gesammelter Energie und heiliger Rücksichtslosigkeit anzugreifen, so wird dieser geplante reichlichere Religionsunterricht nur das Mass unserer Schuld vermehren. Ich meinerseits höre das Wort dessen, dem wir treu sein sollten, aber nicht treu sind: „Ihr Heuchler, ihr wollt in Religion unterrichten, um euch damit zu ersparen, Religion zu leben. Ihr wollt gegen den Unglauben losgehen, aber die meisten Ungläubigen haben mehr Glauben als ihr. Ihr wollt wieder stärker die „Konfession" betonen, ich wollte, ich hätte mehr Konfessoren im älteren Sinn, Bekenner jener Art, wie sie mich einst gegen die Ansprüche Zäsars vertreten haben, bis in Schande und furchtbaren Tod hinein — ihr aber wollt solches Bekennen durch „Konfession", das Zeichen der Zersplitterung meiner Sache ersetzen. Einige von euch möchten, wie es scheint, alte Glaubensformulierungen wieder zum obligatorischen Bekenntnis der Kirche machen; aber für das einzige Bekenntnis, das in meinen Augen Wert hat, das Bekenntnis der Tat zu Gott, den furchtbaren Gegenmächten Gottes in der heutigen Welt ins Angesicht, fehlt euch Lust und Glauben. Schämt ihr euch nicht?"

So, verehrte Väter und Freunde, höre ich den Meister zu uns reden. Ich musste das, was ich gehört, weitersagen. Ihr werdet darob vielleicht erbittert sein, aber besser tätet ihr, zu hören. Wollen wir wirklich, so wie es geplant ist, dem Volke die Religion erhalten, seis die, die wir haben oder die, die wir nicht haben? Oder wollen wir es doch auf andere Weise versuchen? Ich meine, wir könnten Gott und dem Christenvolke im Sinne des Meisters ungleich besser dienen, als durch konfessionellen Religionsunterricht, möglichst viel Religionsunterricht. Wäre nicht das Notwendigste, dass wir zuerst unserer ganzen Armut inne würden, sie offen bekennten und dann in bitterstem Ernst und tiefster Demut die Wahrheit und Wirklichkeit Gottes suchten, von der aus die Welt wieder helle werden muss? Und wenn wir einmal so weit wären, sollten wir dann nicht zuerst durch Taten, Taten der Busse und des Glaubens, von Gott und Christus Zeugnis ablegen? Meinet ihr nicht, dass, wenn jene Wahrheit wieder sieghaft aufleuchte, sie dann gleichsam ihr eigener Religionsunterricht sein würde, dass sie mit wunderbarer Gewalt zu Alten und Jungen kommen würde, während wir uns jetzt predigend und lehrend mit saurem Schweiss und wenig Frucht abmühen? So wir das aber nicht wollen, so wir meinen, die Vollmacht eigenen Glaubens und die Tat der Glaubenstreue durch etwas Bequemeres ersetzen zu können, dann wird, dessen bin ich sicher, wenn die Zeit reif ist, Einer ein Wort dazu sagen, der sich nicht mit vermehrtem Religionsunterricht abspeisen lässt."

Die Evangelischen, das Evangelium und die Sozialdemokratie. Die Diskussion des Themas: „Evangelium, evangelische Partei, Sozialismus, Sozialdemokratie" ist in der letzten Zeit besonders von der Tatsache her, dass es unter uns neben „evangelischen" Gewerkschaften eine „evangelische Volkspartei" gibt, in Fluss gekommen. Meine und aller „Religiös-Sozialen" Stellung zu diesem Problem ist längst geklärt und, wie ich denke, abgeschlossen. Darum habe ich sie im letzten Juni- und Augustheft nur anzudeuten brauchen. Wir betrachten selbstverständlich nach wie vor das Verhältnis zwischen dem Evangelium und der sozialen Frage in ihrem Gesamtsinn (worin noch viel mehr liegt, als bloss die Arbeiterfrage) als das besondere Grundproblem unserer Zeit und die ihr von Gott deutlich gestellte Aufgabe. Auch ist es selbstverständlich nie unsere Meinung gewesen, dass sich nur innerhalb der sozialdemokratischen Partei an der Lösung dieser Aufgabe arbeiten lasse. Dagegen halten wir auch die Gründung einer Gewerkschaftsbewegung oder politischen Partei im Namen des Evangeliums für einen falschen Weg. Denn wir meinen, das Evangelium werde dadurch stets verengt. Es ist für einen solchen Rahmen zu gross. Man kann für diese Sache in allen Lagern arbeiten und keines darf beanspruchen, dafür sozusagen das Monopol zu

haben. Soweit für die Lösung jener grossen Aufgabe besondere Organisationen von Nutzen sein möchten (und wir leugnen nicht, dass dies der Fall sein kann), halten wir ganz freie, jedermann leicht zugängliche Vereinigungen ohne parteipolitischen Stempel am geeignetsten dafür.

Diese Auffassung dürfen uns die Evangelischen nicht übel nehmen.

Im Speziellen haben wir zweierlei gegen sie einzuwenden. Einmal steht nach unserer Meinung ihre Art, das Evangelium für sich allein als Grundlage in Anspruch zu nehmen, in grosser Gefahr der frommen Selbstgerechtigkeit. Das ist es, was ich in der Auseinandersetzung mit dem Sekretär der evangelischen Gewerkschaftsbewegung der Schweiz, die im „Aufbau" stattgefunden, vor allem betont habe. Durch diese Art vor allem wird das Evangelium verengert. Es wird mit Gewalt alles übersehen, was auf der sozialistischen Seite an Sehnsucht nach neuer Orientierung, ja an religiöser Empfänglichkeit vorhanden ist. Die Tatsachen der entgegengesetzten Art werden einseitig hervorgehoben — recht mit Lust und Genugtuung — die andern ignoriert, grundlos geleugnet oder selbstgerecht abschätzig ausgelegt. Ganz abgesehen davon, dass man für das Evangelium ohne Namen, das „unbewusste Christentum", mit Rothe zu reden, das im Sozialismus lebt, ganz blind ist. Auf der andern Seite übersieht man ebenso tendenziös die ganze Gottlosigkeit, die sich im bürgerlichen Lager findet und ist zufrieden, wenn diese ein wenig gefirnist wird. Ich möchte die Aufrichtigen unter den Evangelischen fragen: „Ist nach eurer Meinung die gefirniste Gottlosigkeit eines grossen Teils der bürgerlichen Welt in Gottes Augen und im Sinne Jesu wirklich besser als die ungefirniste eines kleinen Teils der Sozialdemokratie?" Ein wahrhaft furchtbares Beispiel selbstgerechter und ungerechter Beurteilung der Sozialdemokratie findet sich in einem Aufsatz der „Evangelischen Volkszeitung" (Nr. 9), der den Titel trägt: „Die Erziehung unserer Arbeiterschaft für eine neue Gesellschaftsordnung und für den Himmel auf Erden," der mit Dr. H. E. gezeichnet ist. Hier werden die sozialistischen Arbeiterführer als wahre Satane geschildert. Nun mache ich mir über gewisse sozialistische Demagogen wahrhaftig keine Illusionen. Aber gerade als Einer, der darin nun orientiert ist, darf ich sagen: Das Bild, das Dr. H. E. sozusagen von der gesamten sozialistischen Führerschaft entwirft, ist nicht nur ein Zerrbild, sondern eine Verleumdung schlimmster Art. Dergleichen sollte ein Blatt, das sich auf das Evangelium gründen will, nicht bringen. Harmloser, aber doch ganz ohne Wahrheit ist es, wenn im gleichen Organ Herr Pfarrer Hauri in Ellikon berichtet, er habe seinerzeit in die Entstehung des Generalstreikes von 1918 „hineingeguckselt" (wie er sich ausdrückt) und tut, als ob er dabei Dinge gesehen, die Gänsehaut machen müssten. Was hat er denn wohl herausgeguckselt? Andere, die vielleicht diesen Dingen näher gestanden, wissen, dass die ganze bürgerliche Legende vom Generalstreik ein Schauermärlein für Kinder und Weiber (wozu auch viele Männer gehören!) ist.

Wird schon dadurch der Sinn des Evangeliums verengert, so noch fast mehr durch das beinahe regelmässige Bündnis der „Evangelischen Volkspartei" mit den bürgerlichen Parteien. Gehört das Evangelium wirklich so sehr ins bürgerliche Lager? Von dem Aergernis, den das Auftreten Dr. Hoppelers für die Lex Häberlin und die Lex Schulthess, sowie für alle Rüstungsvorlagen und gegen den Zivildienst bedeutete — es war und ist ein Gaudium aller wirklichen Unchristen und ein Anstoss für sehr viele, die sich zu Christus bekennen — soll hier nicht mehr weiter geredet werden, umso mehr als seit einiger Zeit solche Aeusserungen Dr. Hoppelers nicht mehr vorgekommen zu sein scheinen. Aber ist die ganze reaktionäre Art Hoppelers in fast allen Dingen wirklich ein kongenialer Ausdruck des Evangeliums?

Wenn diese Einwände geltend gemacht werden müssen, so ist auf der andern Seite freilich die Tonart, in der einzelne sozialdemokratische Blätter von den Evangelischen reden (das „Volksrecht" z. B. betitelt die Evangeli-

schen stets nur als „Evangeliker") nicht weniger zu tadeln. Damit werden die Evangelischen, unter denen sich eine Anzahl ernsthafter und wertvoller Menschen finden, nicht von der religiösen Neutralität der Sozialdemokratie überzeugt, die dann auch tatsächlich bei einer Reihe von sogenannten Führern, die die Partei ungescheut für eine flache Freigeisterei in Anspruch nehmen, nicht vorhanden ist. Was die Evangelischen vergessen, ist bloss, dass diese Leute nicht die Meinung der grossen Mehrheit des sozialistischen Arbeitervolkes, das bloss zu indolent ist, um ihnen das Handwerk zu legen, vertreten.

Ich habe diese Bemerkungen geschrieben, weil es mir ein Gebot des Anstands scheint, ein Wort zu dieser Diskussion zu sagen. Jeder animus injuriandi gegen die Evangelischen liegt und lag mir stets ferne. Was ich etwa gegen Dr. Hoppeler gesagt, gilt seiner persönlichen Art und ist übrigens von ihm überreichlich vergolten worden, dazu an einem Ort, wo ich nicht antworten konnte. Mir ist es gar nicht um einen Streit mit den Evangelischen zu tun. Im Gegenteil, ich meine, wir sollten aus dem heutigen Stadium einer wahrhaft chaotischen Zerrissenheit und babylonischen Verwirrung so rasch als möglich herauszukommen trachten. Alle die, welche eine durch die Kräfte des Evangeliums auch sozial erneuerte Welt ersehnen und erstreben, sollten versuchen, jenseits aller Parteigebilde und einengenden Organisationen auf diesem Boden in freier Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Das wäre wenigstens ein Anfang. (Vergl. die Red. Bemerkungen.)

Zum englischen Kohlen- und Generalstreik sei noch Zweierlei bemerkt.

1. Es bestehen in Bezug auf den Sinn des Generalstreiks, wie des Streiks überhaupt, immer noch allerlei irrige Ansichten. Für viele ist ein Generalstreik der Gipfel allen Terrors, das Verbrechen der Verbrechen. Dem schweizerischen Philister bedeuten die beiden Generalstreike, der lokal-zürcherische von 1912 und der schweizerische von 1918 beinahe die schwärzesten Blätter unserer Geschichte, jedenfalls der der neueren Zeit. Den Weltkrieg haben sie vergessen, jene Generalstreiktage nicht.

Nun ist ja das Streikthema immer noch kompliziert. Es gibt natürlich verkehrte Streike und der Streik soll stets nur eine ultima ratio sein, von der man hoffen darf, dass sie einst, in einer besseren Ordnung, verschwinde, wie die Kriege aus dem Völkerleben. Aber folgendes ist daneben zu bedenken. Erstens: ein Generalstreik der Arbeiterschaft Europas oder der ganzen Welt ist eine der wertvollsten Waffen, auf die wir im Kampfe gegen einen neuen Weltkrieg rechnen können. Dürften wir es nur noch mit grösserer Sicherheit! Zweitens: der Streik ist das beste Ventil gegen den sozialen Bürgerkrieg. Nehmt dem Arbeiter diese Waffe und er wird sich nach der andern sehnen; nehmt ihm den „Pflug" und er wird zum „Schwert" greifen. Diese Seite der Sache wird viel zu wenig bedacht.

2. Vor mir liegt ein Aufruf, der von den sog. führenden Männern aller wichtigsten protestantischen Kirchenparteien von England unterzeichnet ist. An der Spitze steht der Bischof von Birmingham. Er enthält in der Einleitung den Satz: „Unser christlicher Glaube legt uns die Verpflichtung auf, die Menschen auf der Grundlage einer gemeinsamen Annahme des Willens Gottes, wie er im Leben und Gebot Jesu Christi offenbart ist, zu verbinden. Während wir uns als solche, die ihr Vaterland lieben, über das Aufhören des Generalstreiks freuen, so können wir als Christen doch so lange nicht zufrieden sein, als die soziale und wirtschaftliche Ordnung so weit davon entfernt ist, das christliche Ideal zu verkörpern." Es folgen dann Vorschläge, die ungefähr den Forderungen der gemässigteren Arbeiterführer entsprechen. Der Aufruf schliesst mit den Worten: „Sind wir nicht imstande, jetzt schon und in unserem Lande eine moralische Revolution in der Industrie herbei zu führen, die den bösen Bann der früheren wirtschaftlichen

Revolution bräche? Könnte nicht England, in einem tieferen Sinn als einst, durch seine Anstrengungen sich selbst und Europa durch sein Beispiel retten?"

Die berühmten Vorschläge des protestantischen Erzbischofs von Canterbury gingen dahin, 1. dass der Generalstreik abgebrochen werde, 2. dass die Regierung für eine bestimmte Periode der Kohlenindustrie weitere Hilfe gewähre; 3. dass die Bergwerkbesitzer die neuen Lohnfestsetzungen [die Herabsetzungen waren] aufheben sollten. Wie günstig diese Vorschläge für die Arbeiter waren, beweist der Umstand, dass die Regierung sich weigerte, sie dem Land mitteilen zu lassen. Sie waren übrigens mit den Leitern der Kirchen verabredet.

Das leitende Komitee der Quäker wandte sich in ähnlichem Sinne an die Regierung. Es bemerkte u. a.: „Es besteht ein weitverbreitetes Verlangen nach einer radikal christlichen Behandlung der gegenwärtigen unheilvollen Lage."

In all diesen Kundgebungen zeigt sich ein grosses, von niemand geleugnetes praktisches Verständnis der in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen. Dieses ist also möglich und sollte diese ganze Haltung der Kirchen nicht mehr wert sein, als viel Theologie?

Ein Echo auf diese Erklärung des offiziellen Christentums ist die Erklärung des englischen Kronprinzen: „Ihre königliche Hoheit kann natürlich in keinem solchen Streit Partei nehmen, aber wir alle haben eine Dankesschuld für das, was die Bergleute bisher für uns gewesen sind und jedermann fühlt für ihre Frauen und Kinder in Not warme Sympathie. Es wäre kein wünschenswertes Ergebnis des Kampfes, wenn eine Partei nachgeben müsste, bloss weil die von ihr Abhängigen Not leiden." Das ist englische fairnes! Christ und Gentleman!

Auch jetzt sucht man gerade auf Seiten der Arbeiter, der radikalen Bergleute, die Kirchen als Vermittler! Durch die Vermittlung der Gemeinschaft für die Verchristlichung der Industrie (die eben dem christlichen Ideal eine Verkörperung in der Industrie verschaffen will), kam eine Besprechung der „Führer" der anglikanischen Staatskirche und der Freikirchen mit den „Führern" der Kohlenbergleute zustande. Man erwartet davon viel für eine möglichst gerechte, auch den Arbeitern günstige Schlichtung des gewaltigen Streites.

3. Zur politisch-sozialen Beurteilung des englischen Generalstreikes nur noch ein kurzes Wort. Im „Aufbau" haben Dr. Kramer auf der einen und Werner Lässer und Dr. Weber auf der andern Seite lebhaft den Streit geführt, der überall geführt wird und besonders in England selbst: ob der Generalstreik ein Misserfolg war oder nicht, und besonders, ob die Führer mehr oder weniger richtig und weise gehandelt. Nach sorgfältiger Konsultation der Dokumente und Besprechung mit hervorragend urteilsfähigen Engländern bin ich zu folgendem Urteil gelangt:

Der Streik war Erfolg und Misserfolg zugleich. Der Erfolg besteht darin, dass die Arbeiterschaft dadurch ihrer möglichen Macht auf eine Weise inne wurde, die in England bisher unerhört war. Das Ereignis hat zu einer gewissen Konsolidierung der Arbeiterbewegung geführt, wie das Ergebnis von Wahlen und die Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften beweist. Dem steht entgegen der riesige Verlust an Mitteln, die erschwerten Bedingungen, die sich gewisse Gewerkschaften, vor allem die Eisenbahner, mussten gefallen lassen, die Diskreditierung der Generalstreikswaffe, der Eindruck der Niederlage besonders in der übrigen Welt. Sicher ist auch, dass in bezug auf die direkte Wirkung der Streik ein Fehlschlag war. Was sodann die Beurteilung der Führer betrifft, so scheint wohl endgültig klar zu sein, dass ihre Haltung sowohl bei der Erklärung des Generalstreiks wie beim Abbruch unklar und schwankend war. Man wusste nicht recht, was man tat, war innerlich nicht darauf vorbereitet, liess sich von den Geschehnissen mitnehmen.

Alles in allem: Das Ereignis ist doppeldeutig; es hängt wohl von den eng-

lischen Arbeitern und ihren Führern, zum Teil auch von uns allen ab, ob seine endgiltigen Folgen vorwiegend gut oder böse seien.

Jugendtag gegen den Krieg. Der diesjährige Jugendtag gegen den Krieg wurde in Zürich und Bern begangen. In Zürich war das Bezeichnendste, dass die Feier in einer Kirche, der St. Jakobskirche in Aussersihl, stattfand. Die Lieder, die man bei dem Anlass sang, klangen in diesen Hallen schon sehr neuartig und revolutionär. Pfarrer von Greyerz hielt die „Predigt", sagte alte und neue Dinge, zum Teil solche, die gerade in Zürich Eindruck machen mussten, und verstand es durch seine volkstümliche und entgegenkommende Art, die Herzen zu gewinnen. Eine Nachbesprechung war in unserem „Heim" sehr erfreulich.

In Bern fand eine solche Jugendtagung etwa eine Woche später im „Daheim" statt. Diesmal war es mehr Aussprache unter der Jugend selbst, allerdings so, dass wieder ein Vortrag von Pfarrer von Greyerz im Mittelpunkt stand. Es beteiligten sich u. a. an der Diskussion auch spezifische „Marxisten" auf der einen und die „Christen" auf der andern Seite, die ersteren ihren bekannten Spruch von der Notwendigkeit, zuerst die materiellen Verhältnisse zu ändern, hersagend, die andern sich in sophistischen frommen Kapriolen bewegend. Wann werden wir aufhören, Marionetten irgend einer frommen oder weltlichen Sektenmeinung zu sein?

Noch Eins: in Zürich ist offenbar Einer in der St. Jakobskirche gesessen, dem Verschiedenes nicht gefiel, nämlich Herr Zurlinden, der Sekretär der Schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund. Ihm sind die Dienstverweigerer ein Greuel, aber auch die Abrüstung scheint diesem Vertreter des Völkerbundes nicht wichtig zu sein, wichtiger ist für den Völkerbund zu werben (vergl. „Die Schweiz im Völkerbund", Nr. 7). Falls man wüsste, was für einen Zweck in den Augen von Herr Zurlinden der Völkerbund hat! Wenn man bedenkt, dass ungefähr zu gleicher Zeit der Präsident der schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund, Oberst im Generalstab Dollfus, sich Herz an Herz mit Oberst Feyler für eine stärkere Armee enthusiasmiert und Bundesrat Motta in einer seiner Nichtgenfer-Reden erklärt, man müsse blind sein, um die Notwendigkeit der Förderung unserer Wehrkraft zu leugnen, so kann einem leid tun, dass der alte Wille nicht mehr lebt, um zu sehen, wie sein vielgehasster Völkerbund in der Schweiz sich nach und nach macht. Von Herrn Zurlinden weiss man schon lange, dass sein Hass gegen den Antimilitarismus viel grösser ist, als der gegen den Militarismus. Er klagt darüber, dass die Agitation für den Völkerbund durch den Verdacht, es könnte Antimilitarismus dahinter stekken (gibt es noch Leute, die so abergläubisch sind?), gehemmt werde. Böse Antimilitaristen! Und armer Herr Zurlinden! Es ist wirklich arg, dass es verdrehte Köpfe gibt, die meinen, ausgerechnet der Völkerbund sei dazu da, wie den Krieg, so auch die Heere aus der Welt zu schaffen, ja, dass sogar Wilson sofort die Heere beseitigen wollte. Wie könnte solchen Irrtümern und Gefahren abgeholfen werden? Wäre vielleicht nicht besser, Herr Zurlinden überliesse diese Agitation ganz den Obersten Feyler und Wildbolz und versuchte auch die Herren Wille (Sohn), Biberstein, Bircher u. s. f. dafür zu gewinnen? Dann fiele jener Verdacht doch wohl dahin. Vielleicht wirkte noch besser ein anderes Mittel: wie wärs, wenn Herr Zurlinden sich bei seinen Propagandareisen für den Völkerbund von einem Zug Dragoner begleiten liesse? Bei seinen guten Beziehungen zu den Obersten könnte es ihm daran nicht fehlen und wir Antimilitaristen dürften beruhigt sein.

Eine Statistik. Nach einer neueren Erfassung des Statistischen Reichsamtes befinden sich in Deutschland zurzeit 679,410 Kriegsbeschädigte, die in ihrer Erwerbstätigkeit um mindestens 25 Prozent beschränkt sind; diese Statistik ist in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Darunter sind 1151 weibliche. Von der Gesamtheit leiden: 2734 an Blindheit, 39 580 an Lungentuberkulose, 4990 an Geisteskrankheiten, 44,109 durch Verlust eines Beines,

20,640 durch Verlust eines Armes, 1250 durch Verlust beider Beine, 131 durch Verlust beider Arme, 566,076 an sonstigen Gebrechen.

Dem Alter nach waren: 0,4 Prozent weniger als 25 Jahre alt, 9,3 Prozent bis 30 Jahre alt, 25,7 Prozent 30 bis 35 Jahre alt, 19,4 Prozent 35 bis 40 Jahre alt, 25,5 Prozent 40 bis 50 Jahre alt, 19,7 Prozent über 50 Jahre alt.

Ein Kreuzzug. Die englischen Frauen haben einen, wie mir scheint, edlen und grossen Gedanken ausgeführt: sie haben einen Kreuzzug gegen den Krieg veranstaltet. Vom Norden und Süden Englands zogen sie zu Fuss, mit einem blauen Mantel, auf dem ein weisses Kreuz leuchtete, bekleidet, Fahnen tragend, auf denen geschrieben stand: „Nicht Krieg, sondern Schiedsgericht!" durch die Städte und Dörfer Englands, einander ablösend, einzelne den ganzen Weg machend. Vor dem Rathaus der Stadt, auch etwa darin, und auf dem Dorfplatz redeten sie von der heiligen Sache und liessen über die Resolution abstimmen, die folgt:

„Im Glauben, dass das Gesetz die Stelle des Krieges bei der Regelung internationaler Streitfälle einnehmen muss, fordern wir Mitglieder der Pilgerfahrt der Friedensfreunde die Regierung Seiner Majestät dringend auf, dass sie sich bereit erkläre, alle Streitfragen einem Schiedsgericht zum Schiedsspruch zu unterbreiten und durch die Uebernahme der Führung in der vom Völkerbund vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz der Welt beweise, dass Grossbritannien nicht an die Gewalt zu appellieren gedenkt."

Im Hydepark in London, dem Zentrum englischen öffentlichen Lebens, strömten zuletzt die Scharen zu einer Kundgebung zusammen, an der viele der hervorragendsten Männer und Frauen Englands sich beteiligten.

Sollte bei uns nicht auch etwas Aehnliches geschehen?

Eine Frau aus dem europäischen Osten schreibt mir:

„Wenn ich jetzt in Deutschland wäre, würde ich meinen gleichgesinnten Mitmenschen einen Vorschlag machen, den sie gewiss ausführen würden. Man müsste an einem bestimmten Tage zu einer Zeit in allen Grosstädten der Grossmächte, in einem Auto fahrend, Blättchen folgenden Inhaltes verteilen: „Mütter, Eure Pflicht ist es, den Krieg aus der Welt zu schaffen, weil die meisten Kinder von einer Kriegswelt nichts wissen wollen, Ihr habt die Fähigkeiten Euere Kinder, Euer grösstes Heiligtum mit richtiger Liebe zu umgeben, also wird es Euch auch gelingen, den Krieg mit allen Wurzeln zu vernichten. (Allerdings ohne Krieg.)"

Sollte nicht ein solcher Ruf tausend, zehntausend, hunderttausendmal erschallen?

Zwei neue Dienstverweigerer. Im Schloss von Neuchâtel sind am 18. Juli die Brüder Maurice und Marc Dubois von Le Locle vor dem Kriegsgericht gestanden. Sie haben beide aus Gewissensgründen sich geweigert, sich zur Rekrutierung zu stellen. Vor Gericht stellten sie prächtig ihren Mann und wurden dabei von unsern Freunden Elisabeth Blaser und Chr. Aerni als Zeugen, sowie durch Henri Perret als Verteidiger trefflich unterstützt. Dass das Gericht mit der Strafe nicht höher ging als bis zu 10 Tagen Gefängnis und 40 Franken Kosten, ist wohl ein Zeichen des geschehenen Umschwunges. Denn früher gab es zwei bis fünf Monate Gefängnis und Entzug der bürgerlichen Ehren. — Möge den jungen Gesinnungsgenossen ihre Tat Segen bringen!

Reichenauer Konferenz, 8. und 9. August 1926. Beginn: Sonntag, Nachmittag 4½ Uhr. Sonntags: Genossenschaftswesen und Landwirtschaft. Referat von Johannes Tscharner. Montags: Die Bedeutung der Urgemeinde für uns. Referat v. Peter Walser (Flerden).

Arbeit und Bildung hat wieder das Sommersemester hinter sich. Wieder ist manches erfreulich gewesen. Der „Zentralkurs" über „rechten und falschen Sozialismus" hat in steigendem Masse allerlei Menschen angezogen und zu wertvollen Abenden geführt. Auch die Frauenabende

nahmen einen befriedigenden Fortgang. Die musikalischen Abende haben zwar nicht so viel Teilnahme gefunden, als man hoffen durfte und als sie wohl verdient hätten (irgend ein sensationeller Schwindel zieht in Zürich die Menschen natürlich mehr an als so etwas), aber es fand sich immer wieder ein dankbarer Kreis um Themen wie: Frühling, Tod und Leben, Liebe, Arbeit, Lust und Leid zusammen. Auch diese Pflanze wird schon wachsen. Ob der Nietzsche-Kurs, der lebhaft gewünscht worden war, neben Dante einen guten Wurf bedeutete, bleibt zweifelhaft. Der Besuch war auch sehr gut, nur reichte die Zeit für das Unternehmen nicht recht. Zu Ende geführt wurde ein noch grösseres: Dante. Zwei Drittel der Teilnehmer hielten aus bis zum Ende, trotzdem die Abende an die Fassungskraft immer grössere Ansprüche machen mussten. Es erwies sich, dass das „Paradies", von dem man sonst immer meint, es bedeute ein Versagen der Danteschen Gestaltungskraft, im Gegenteil die würdige Krönung des ungeheuren Werkes ist. Aber um das herauszufinden, bedarf es freilich der Augen und der Arbeit.

Auch die Monatsabende haben uns wieder allerlei Wertvolles gebracht. Die Arbeit an den unehelichen und andern gefährdeten Müttern, und ein Bericht über die Arbeit der dänischen Volkshochschulen beschäftigten uns an zweien derselben. Am Dritten hatten wir eine bewegte Aussprache mit der Geschäftsleitung des Lebensmittelvereins über dessen gegenwärtige Krise. Den Abschluss bildete eine sehr gut besuchte Zusammenkunft im „Rosengarten" in Thalwil, die recht vielen Freude gemacht hat.

Wir sind gewiss auch diesen Sommer wieder einen Schritt weiter gekommen. Aber noch stehen wir erst auf den Anfangsstrecken des Weges. Es wäre noch vieles zu sagen, für vieles zu danken, auch manches zu klagen, aber beides gehört nicht in diesen kurzen Bericht. L. R.

Casoja, Volkshochschulheim für Mädchen, Valbella ob Chur. Der nächste Kurs auf hauswirtschaftlicher Grundlage findet statt vom 26. September bis 19. Dezember. Er steht Mädchen aus allen Kreisen offen, wendet sich aber in erster Linie an Arbeitermädchen, die gewillt sind, in ernster Arbeit ihren Weg durchs Leben zu suchen und gerne eine Zeit lang mit andern jungen Mädchen in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen zu leben.

Erholungsbedürftige werden für längeren und kürzern Aufenthalt das ganze Jahr in Casoja aufgenommen.

Das Kurs- und Kostgeld wird den Verhältnissen des Einzelnen angepasst. Es kann auch ganz erlassen werden.

Prospekte und Auskunft: Frl. Gertrud Ruegg, Casoja, Valbella ob Chur (Telephon Lenzerheide 44), für Zürich: Frl. M. Grob, Gartenhofstr. 1, Zürich 4 (Telephon Sel. 77.53).

Redaktionelle Bemerkungen.

Wie im letzten Heft angekündigt, erscheint dieses als Doppelnummer in grösserem Umfang. Das Septemberheft soll entsprechend früher erscheinen, wenn möglich noch vor dem Bettag. Das vorliegende Heft steht vorwiegend im Zeichen Gandhis. Es bringt aber auch die übliche Apotheose Gandhis, sondern eine Auseinandersetzung mit ihm, etwas längst notwendig Gewordenes. Für Ewalds meisterhaften Aufsatz werden gewiss alle Leser dankbar sein. Die Rubrik „Zur Weltlage" fällt diesmal weg, weil der Aufsatz Ewalds an ihre Stelle tritt. Sie wird aber künftig wieder erscheinen.

Zu dem vielmissbrauchten Pauluswort wird im nächsten Heft noch ein Beitrag des Redaktors erscheinen.

Die zwei Rundschau-Artikel: „Eine Frage und ein Alarm" und „Die Evangelischen, das Evangelium und die Sozialdemokratie" waren schon für frühere Hefte bestimmt, mussten aber aus technischen Gründen zurückgestellt werden.